

Das neue Bürgergeld

Der Ampel-Koalitionsvertrag verabschiedet sich von Hartz IV

Mit der Einführung des neuen Bürgergeldes wollen wir Hartz IV endlich überwinden. Es wird die größte sozialpolitische Reform seit der Agenda 2010. Das Bürgergeld wird sicher, einfach und gerecht und das neue Gesicht eines modernen Sozialstaates prägen. Es sichert Teilhabe, wird auf Augenhöhe gewährt und unterstützt die Leistungsbeziehenden bestmöglich, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren. In den Verhandlungen konnten wir wichtige Bausteine der Grünen Garantiesicherung durchsetzen.

Sanktionsmoratorium: Bis zur gesetzlichen Neuregelung keine Sanktionen

Bis Ende 2022 wollen wir die Mitwirkungspflichten der Bürgergeldbeziehenden neu regeln. Bis dahin gilt ein Sanktionsmoratorium: Es werden keine Sanktionen unter das Existenzminimum mehr verhängt. Mit einer Evaluation der Wirkungen der Sanktionen kommen wir darüber hinaus den Maßgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom November 2019 nach, die wir bei einer Neuregelung beachten werden. Kosten der Unterkunft und Heizung werden grundsätzlich von Sanktionen ausgenommen und Unter-25-Jährige nicht mehr verschärft sanktioniert. Wir Grüne haben für diesen Erfolg bei den Sanktionen hart gekämpft und sind uns sicher, dass auch bei einer gesetzlichen Neuregelung eine Leistungsgewährung auf Augenhöhe handlungsleitend sein wird.

Jobcenter auf Augenhöhe mit neuer Teilhabevereinbarung

Das Machtgefälle zwischen Jobcentern und Leistungsbeziehenden wird abgebaut. Zukünftig soll es eine Beratung auf Augenhöhe geben und eine Vertrauensbeziehung entstehen können, damit die Potenziale der Menschen erkannt und passgenaue Hilfen zur nachhaltigen Arbeitsmarktintegration angeboten werden. Die bisherige Eingliederungsvereinbarung wird ersetzt durch eine Teilhabevereinbarung, in der beide Seiten Angebote und Maßnahmen gemeinsam vereinbaren und die verständlich in einfacher Sprache festgehalten werden. Bei Konfliktfällen gibt es zusätzlich die Möglichkeit einer unabhängigen Schlichtung. Wir Grüne werden weiter darauf achten, dass ein solcher Kulturwandel bei den Unterstützungsleistungen in allen Jobcentern gelingt.

Vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft

Wer neu in den Bürgergeldbezug kommt, muss nicht fürchten, dadurch seine Wohnung zu verlieren. In den ersten zwei Jahren werden die tatsächlichen Kosten der Unterkunft übernommen. Menschen, die bislang aus Angst um ihre Wohnung auf die Beantragung von Grundsicherungsleistungen verzichtet haben, werden nicht länger durchs Netz fallen. Zudem nehmen wir etwas Druck von den angespannten Wohnungsmärkten in Ballungsräumen. Durch unseren Einsatz gibt es gerade auch für bestehende Grundsicherungs-Empfangende Verbesserungen bei den Kosten der Unterkunft: Der bundesgesetzliche Rahmen für die kommunalen Angemessenheitsgrenzen wird verbessert und festgelegt, dass diese jährlich überprüft werden müssen.

Zwei Jahre lang keine Anrechnung von Vermögen

Ebenso wird zwei Jahre nach Beantragung der Bürgergeldes vorhandenes Vermögen nicht geprüft und muss dadurch nicht eingesetzt werden. Danach wird das Schonvermögen angehoben und die Überprüfung unbürokratischer und einfacher – wie genau, wird im späteren Gesetzgebungsverfahren konkretisiert. Wir Grüne werden darauf achten, dass die bürokratischen Hürden eines Weiterbezugs möglichst gering ausfallen.

Vorrang für Aus- und Weiterbildung

Im Bereich der aktiven Leistungen der Jobcenter konnten wir viele grüne Forderungen durchsetzen:

Der Vermittlungsvorrang in jedwede Tätigkeit wird abgeschafft – Weiterbildung und Qualifizierung erhalten so einen Stellenwert, der dem in unserer wandelnden Arbeitswelt entspricht und eine nachhaltige Integration in den Mittelpunkt stellt. Echte Berufsausbildungen werden in ihrer gesamten Dauer gefördert, zusätzlich gibt es ein monatliches Weiterbildungsgeld von 150 EUR als Aufschlag auf den Regelsatz.

Bessere Hinzuverdienregelungen für Schüler*innen und Studierende

Wir schaffen Gleichbehandlung: Junge Menschen, die in Haushalten im Bürgergeldbezug aufwachsen, können zukünftig alle Einnahmen aus ihren Nebenjobs behalten. Bei Auszubildenden erhöhen wir den Freibetrag, so dass auch sie mehr von ihrem selbst verdienten Geld behalten können. Um die Hinzuverdienregelungen insgesamt zu verbessern, werden wir im Laufe der Legislaturperiode ein Modell entwickeln, das alle Wechselwirkungen mit Sozialleistungen, Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträgen berücksichtigt. Auch die Möglichkeit für erwerbsgeminderte Personen sowie für Rentnerinnen und Rentner in der Grundsicherung, mit einer Erwerbstätigkeit ihr Einkommen zu verbessern, wollen wir ausweiten.

Das Bürgergeld unterstützt soziale Teilhabe

Der soziale Arbeitsmarkt (§16i und e SGBII) wird entfristet und weiterentwickelt. Ziel des Jobcenters ist zukünftig vor allem eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt: Notwendige Schritte der sozialen Stabilisierung und ganzheitlichen Unterstützung werden geleistet, wofür auch Instrumente anderer Sozialgesetzbücher genutzt werden sollen. Coaching und aufsuchende Sozialarbeit werden so Regelinstrumente der Jobcenter, die lokal mehr Gestaltungsspielraum bekommen durch eine Aufwertung der freien Förderung (§16f SGBII). Individuelle Unterstützung wird gewährt mit besonderem Augenmerk auf junge sowie ältere Bürgergeldberechtigte, Mütter von kleinen Kindern sowie Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund.

Kindergrundsicherung

Großer sozialpolitischer Fortschritt ist die Einführung einer Kindergrundsicherung, in der die bisherigen Leistungen Kindergeld, SGBII/XII-Leistungen und Kinderzuschlag aufgehen. Diese besteht aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrags, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist, und einem vom Elterneinkommen abhängigen, gestaffelten Zusatzbetrags. In voller Höhe sichert die Kindergrundsicherung ein neu zu definierendes soziokulturelles Existenzminimum. Die Leistung wird automatisch berechnet und kommt ohne bürokratische Hürden direkt bei den Kindern an. Bis zur tatsächlichen Einführung der Kindergrundsicherung werden wir von Armut betroffene Kinder, die Anspruch auf Leistungen gemäß SGB II, SGB XII oder Kinderzuschlag haben, mit einem Sofortzuschlag absichern.

Weitere Fortschritte mit dem Bürgergeld

In Bedarfsgemeinschaften stellen wir von der horizontalen auf die vertikale Einkommensanrechnung um, so wird der individuelle Charakter des Bürgergelds unterstrichen. Die Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Arbeit soll in Anlehnung an das Steuerrecht mit einem jährlichen Freibetrag gestaltet werden.

Wehrmutstropfen: Regelsatz

Leider konnten wir uns nicht durchsetzen mit unserer Forderung, den Regelsatz zu erhöhen. FDP und SPD waren dazu schlichtweg nicht bereit. Wir haben aber vereinbart, einen Bonus auf den Regelsatz zu zahlen für die Teilnahme an Unterstützungsangeboten der Jobcenter. Dieser Bonus wird im Gesetzgebungsverfahren noch konkretisiert. 150 Euro monatlich wird er betragen für die Teilnahme

an einer berufsqualifizierenden Weiterbildung. Wir Grüne werden die turnungemäße Neuberechnung der Regelsätze in dieser Legislaturperiode nutzen, um erneut für eine Erhöhung zu streiten und damit gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern.

Moderner Sozialstaat

Bei allen Reformen ist es unser Ziel, den Sozialstaat bürger*innenfreundlicher, transparenter und unbürokratischer zu machen. Dazu werden wir eine große und umfassende Digitalisierungsoffensive starten. Das heißt auch: automatische Auszahlungen wo immer möglich und möglichst geringe Zugangshürden durch eine Leistungserbringung „wie aus einer Hand“.

Zügige und gewissenhafte Umsetzung

Gut 15 Jahre nach Hartz IV ist es Zeit für einen sozialpolitischen Aufbruch. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat uns gezeigt, wo unser soziales Netz löchrig ist und Reformen braucht, die unseren Sozialstaat besser, zugänglicher und gerechter machen. Deshalb wollen wir das neue Bürgergeld zügig und gewissenhaft umsetzen. Dies werden wir weiterhin in einem intensiven Dialog mit allen Wohlfahrts- und Sozialverbänden tun, die mit ihrer Expertise für eine gute und erfolgreiche Umsetzung dieser ambitionierten Reformen unabdingbar sind.